

caritas



Arbeitsgemeinschaft
der Caritasverbände
Rheinland-Pfalz

Geschäftsführung

Bahnstraße 32, 55128 Mainz

Ihr Ansprechpartner Dirk Herrmann

Telefon 0 61 31 - 28 26 - 256

Telefax 0 61 31 - 28 26 - 208

geschaeftsstelle@caritas-rheinland-pfalz.de

www.caritas-rheinland-pfalz.de

Datum 14.09.2020

Positionen

Landesinvestitionsstrategie für Soziales, Gesundheit und Bildung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Positionen und Forderungen der Caritas
für die Legislaturperiode 2021-2026

Herausgegeben von Arbeitsgemeinschaft
der Caritasverbände Rheinland-Pfalz

Vorsitzende Nicola Adick

Caritasdirektorin für die Diözese Mainz

Sehr geehrte Damen und Herren,

die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen, die Folgen der Pandemie und die bevorstehenden Landtagswahlen im März 2021 haben die Caritasverbände in Rheinland-Pfalz zum Anlass genommen, die aus Ihrer Sicht notwendigen Veränderungen in der Sozialpolitik des Landes zu skizzieren.

Nachfolgend haben wir zunächst eine kurze Analyse wichtiger gesellschaftlicher Entwicklungen und der gesellschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie vorgenommen. Daran anschließend schlagen wir eine Landesinvestitionsstrategie für Soziales, Gesundheit und Bildung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt vor, eine sozialpolitische Agenda für die nächste Legislaturperiode.

Als größter Wohlfahrtsverband des Landes mit nahezu 60.000 hauptberuflichen sowie mehr als 14.000 ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern möchten wir gemeinsam mit Ihnen an der sozialen Zukunft für Rheinland-Pfalz und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt in Rheinland-Pfalz arbeiten können.

Gerne stehen wir Ihnen natürlich für Gespräche zur Verfügung.



Mainz, 14.09.2020

Nicola Adick

Die Pandemie und ihre Folgen für unsere Gesellschaft – eine Kurzanalyse

Die gegenwärtige Pandemie ist das weltweit gravierendste Ereignis der letzten Jahrzehnte. Es ist völlig unklar, wie lange die Pandemie unsere Gesellschaft weiter herausfordern wird. Die ökonomischen, sozialen und psychologischen Folgen sind noch nicht absehbar. Deutlich vor Augen geführt hat diese Pandemie uns aber, wie ungleich Risiken und Chancen in unserer Gesellschaft verteilt sind und dass grundlegender Handlungsbedarf für mehr Chancengerechtigkeit besteht. Betrachten wir allein die sozialen Bedingungen der Ansteckungswahrscheinlichkeit so wird deutlich, dass einkommensschwächere Personen sich mit größerer Wahrscheinlichkeit mit dem Corona Virus anstecken als einkommensstärkere Menschen. Zugleich wurde in dieser Krise sehr deutlich, welche Arbeitsfelder wirklich systemrelevant sind. Daher sollten diese vorwiegend im Gesundheits- und Sozialsektor unserer Wirtschaft liegenden Berufe auch eine höhere gesellschaftliche Anerkennung erhalten. Mehr Arbeitsschutz und angemessene Löhne sollten selbstverständliche Konsequenzen sein! Unsere Kurzanalyse der gesellschaftlichen Entwicklungen und die Formulierung der von uns gesehenen politisch-notwendigen Investitions- und Handlungsbedarfe der Landespolitik in der nächsten Legislaturperiode erfolgen auf der Grundlage dieser Erfahrungen, der Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt und unseres Einsatzes für Familien und Menschen am Rande, für Arme, Kranke und Benachteiligte.

Die Pandemie stellt uns vor neue Herausforderungen mit gravierenden Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land.

Herausforderung 1: Gleichwertige Lebensverhältnisse, Verteilungsgerechtigkeit und soziale Teilhabe – das Maß für gesellschaftlichen Zusammenhalt

Mit dem Begriff des gesellschaftlichen Zusammenhalts wird in der Soziologie die Qualität des gemeinschaftlichen Miteinanders beschrieben. Eine kohäsive Gesellschaft ist durch belastbare soziale Beziehungen, eine positive emotionale Verbundenheit ihrer Mitglieder mit dem Gemeinwesen und eine ausgeprägte Gemeinwohlorientierung gekennzeichnet.¹ Wir wissen aber, dass eine niedrigere Arbeitslosenrate und ein geringeres Armutsrisiko für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wesentlich sind. Empirische Studien belegen, dass vor allem sozioökonomische Faktoren einen Einfluss auf den Zusammenhalt haben. Dort wo der Wohlstand größer ist, die Arbeitslosenraten niedriger und das Armutsrisiko geringer, ist auch der Zusammenhalt stärker. Die wirtschaftliche Rezession und die massiven Staatsschulden werden Verteilungskonflikte auslösen. Die Diskussion, wer all die Maßnahmen zur Abfederung der Auswirkungen der Pandemie zahlen soll, hat bereits begonnen. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist gem. Art. 72 GG ein grundsätzlicher gesellschaftspolitischer Gestaltungsauftrag. Dennoch stellen wir in vielen Bereichen immer mehr fest: die Ungleichheit wächst. Sie wächst zwischen jung und alt, arm und reich, aber vor allen Dingen auch zwischen Stadt und Land. Gesellschaftlicher Zusammenhalt braucht lokale Vitalität, lokale Netzwerke und Demokratie, bürgerschaftlichen Gemeinsinn, Ehrenamt und Freiwilligenengagement, aber auch die

¹ Bertelsmann Stiftung (2017): Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017, online unter <https://www.bertelsmann-stiftung.de/publikationen/did/sozialer-zusammenhalt-in-deutschland-2017> (12.06.2020); vgl. auch Unzicker, Kai (2016): Was die Gesellschaft im Innersten zusammenhält. In: Bertelsmann Stiftung [Hrsg.]: Der Kitt der Gesellschaft. Verlag Bertelsmann Stiftung: Gütersloh, S. 11 – 35.

Leistungsfähigkeit öffentlicher Güter und sozialer Infrastruktur sowie Personal, das diese Güter und diese Infrastruktur mit Leben erfüllt.²

Öffentliche Güter sind Sozial- und Infrastrukturleistungen, die der Staat bereitstellt, weil der Markt sie alleine nicht erbringen kann. Öffentliche Güter schaffen die Voraussetzungen, um Teilhabe zu ermöglichen und soziale Differenzen zu überwinden. Sie sind notwendig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Kurz: Soziale Teilhabe findet wesentlich über öffentliche Güter statt³.

In den vergangenen Jahrzehnten wurde genau hier jedoch zu wenig investiert. Wenige Wochen vor der Pandemie wurde noch empfohlen, den Bestand an Krankenhäusern in der Fläche drastisch zu reduzieren.⁴ Der wissenschaftliche Diskurs zum sozialen Zusammenhalt verweist explizit darauf, dass eine Wertschätzung öffentlicher Güter sich in der Förderung von Partizipation und in der sozialen Anerkennung und materiellen Ausstattung ihrer Träger niederschlagen muss.⁵

Herausforderung 2: Digitale Transformation und Bildungsgerechtigkeit

Die Corona-Pandemie hat einige Schwachstellen in unserem gesellschaftlichen Zusammenleben offengelegt. So wurde bspw. deutlich, dass sich unser Gesundheitssystem, welches seit langem als zu teuer und zu ineffizient kritisiert wurde und in dem kleine Krankenhäuser auf dem Land als überflüssig erachtet werden, sich in der Krise im internationalen Vergleich als sehr effizient und funktionsstüchtig bewiesen hat. Im Gegensatz dazu hat aber unser Bildungssystem deutliche Schwächen zu Tage treten lassen. Bereits vor der Pandemie-Krise wurde zwar vielfach die mangelnde Digitalisierung unseres Bildungssystems kritisiert, allein es sind nur wenige kleine Schritte in dieser Hinsicht erfolgt. Auch der wissenschaftlich schon vielfach festgestellte Zusammenhang zwischen Bildungserfolg und sozialer Herkunft (zuletzt wieder im Bildungsbericht 2020) wurde in der Zeit der geschlossenen Schulen mehr als deutlich und hat sich vielfach verstärkt, so die Rückmeldungen unseres pädagogischen Personals in der Kinder- und Jugendhilfe. Viele Eltern sind sprachlich oder intellektuell nicht in der Lage, ihre Kinder zu unterstützen. Zusätzlich fehlt ihnen häufig die digitale Ausstattung mit Computer oder Tablet und einem Drucker. Diese Kinder blieben und bleiben in der Schule oft und beim Homeschooling erst Recht auf der Strecke.

Um also einkommensarme Personengruppen in unserer Gesellschaft in einem zunehmenden Prozess der digitalen Transformation nicht abzuhängen und keine Zwei-Klassen-Gesellschaft hinsichtlich digitaler gesellschaftlicher Teilhabe entstehen zu lassen, bedarf es nicht nur Investitionen in die digitale Infrastruktur, sondern auch in die digitale Teilhabeermöglichung aller Menschen. Auch die digitale Transformation in der Sozialwirtschaft insgesamt ist eine große Aufgabe für die nächsten Jahre. Zwar wurde seitens der Caritas mittlerweile sehr viel Geld in die Digitalisierung der Beratungsarbeit investiert und die Online-Beratung massiv ausgebaut, doch bleiben weite Bereiche der Sozialwirtschaft oftmals auch aufgrund mangelnder finanzieller Kapazitäten noch weit zurück hinter den digitalen Erfordernissen der heutigen Zeit. Es braucht also eine stärkere Innovationsförderung in der Sozialwirtschaft. Denn auch hier sind Innovationen entscheidende Treiber für Investitionen, Effektivität und Beschäftigung und somit für wirtschaftliche Prosperität und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

² Vgl. Vortrag Prof. Dr. Bertold Vogel: Gesellschaftlicher Zusammenhalt – welche Rollen spielen Caritas und Kirche am AGCV Fachtag 4.3.2020 in Speyer; online unter <https://www.caritas-rheinland-pfalz.de/>

³ Grundlegend hierzu der Bericht der „Kommission Öffentliche Güter“ der Heinrich-Böll-Stiftung mit dem Titel „Der Wert öffentlicher Güter“, herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung 2015. Mitglieder der Kommission waren Prof. Dr. Berthold Vogel (Vorsitzender), zusammen mit Prof. Dr. Petra Böhnke, Prof. Dr. Jens Kersten, Dr. Tanja Klenk, Prof. Dr. Claudia Neu und Prof. Dr. Claus Offe.

⁴ Vogel, Berthold (2020): Das Virus attackiert den sozialen Zusammenhalt. In: Magazin Mitbestimmung der Hans-Böckler-Stiftung, Ausgabe 03/2020.

⁵ Vgl. dazu den Kommissionsbericht „Öffentliche Güter“ (FN 3), u.a. auf S. 50.

Das Onlinezugangsgesetzes OZG verpflichtet Bund und Länder, ihre „Verwaltungsleistungen“ bis Ende des Jahres 2022 für Bürger und Wirtschaft auch digital verfügbar zu machen (§ 1 (1) S. 1 OZG). Wie die Dienste der Caritas und der anderen Wohlfahrtsverbände in den geplanten Portalverbund integriert werden, ist noch völlig offen. Zugleich werden aber viele öffentliche soziale Dienstleistungen, wie etwa der Platz in der Kita oder der Platz im Pflegeheim von freien Trägern angeboten. Um für die Bürgerinnen und Bürger ein vollständiges und bürgerfreundliches Portal aufzubauen, ist die Einbindung der freien Träger der Wohlfahrtspflege und deren finanzielle Unterstützung zur Digitalisierung auch ihrer sozialen Angebotsstruktur dringend erforderlich.⁶

Herausforderung 3: Demografischer Wandel und systemrelevante Berufe

Der Prozess der zunehmenden Alterung der Bevölkerung ist nicht umkehrbar. Auch in Rheinland-Pfalz wird die Altersentwicklung der Bevölkerung in den nächsten Jahren viele Entwicklungen beeinflussen. Verstärkte Zuwanderung wird diese Entwicklung allenfalls leicht abbremsen können.

Betrachtet man allein die Zahl der erwerbstätigen Menschen, werden in den nächsten 10-15 Jahren mit den sogenannten Babyboomern sehr viele Beschäftigte in den Ruhestand gehen.

Die Corona Pandemie hat in den letzten Wochen aber sehr deutlich gemacht, welche Berufe für unsere Gesellschaft wirklich systemrelevant sind.

Allein die Menschen in den Sozial- und Gesundheitsberufen, also Pflegekräfte, Erzieherinnen, Sozialpädagoginnen, Ärztinnen etc., werden, bei zugleich wachsendem gesellschaftlichem Bedarf, immer weniger. Ein Blick auf die Zahlen weist unabdingbar darauf hin, dass es eines grundlegenden Wandels in der gesellschaftlichen Einstellung zu solchen Berufen, deren Bezahlung, aber vor allen Dingen auch deren (Re-)finanzierung bedarf.

Landesinvestitionsstrategie⁷ für die Legislaturperiode 2021-2026

Wenn wir den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und damit unser demokratisches Gemeinwesen und Zusammenleben sichern wollen, dann dürfen Wohlstandskonflikte und Verteilungsdiskussionen nicht zu Lasten der von Armut betroffenen und benachteiligten Menschen gehen. Wir müssen stattdessen in öffentliche Güter investieren, in Bildung, Gesundheit, soziale Sicherheit und in die Teilhabe von vulnerablen Personengruppen, von Alten und Kranken wie auch von Menschen mit Behinderungen.

Daher schlagen wir eine Landesinvestitionsstrategie in 3 Sektoren vor:

1. Investitionen in Gesundheit, Pflege und Betreuung
2. Investitionen in Bildung und Bildungsgerechtigkeit
3. Investitionen in die soziale Sicherung und Infrastruktur

⁶ <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/177/1917764.pdf>

⁷ Der Investitionsbegriff wird hier weiterhin in einem über die ökonomischen Aspekte hinausgehenden Sinne gesellschaftspolitisch verstanden, dies mit Verweis auf die eingangs genannten Arbeiten von Berthold Vogel (geschäftsführender Direktor des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen - SOFI) u.a.

Landesinvestitionsstrategie für Gesundheit, Pflege und Betreuung

Das Corona Virus hat uns die Bedeutung kollektiver Güter vor Augen geführt. Deutschland hat die weltweite Pandemie weitaus besser bewältigt als viele unserer Nachbarländer. Vor allem dort, wo das Corona Virus auf ein von vorrangig auf Rentabilität und Profitabilität ausgerichtetes Gesundheitssystem mit zu wenig Personal und Kapazitäten gestoßen ist, hatte die Pandemie dramatische Auswirkungen. Aber auch bei uns fehlte es an Schutzausrüstungen, Beatmungsgeräten und Testkapazitäten. Wir haben in der Krise erkannt, wie verwundbar eine Gesellschaft ist, die allein auf Effizienz und Wettbewerb setzt. Dieser Mangel belegt: zu viel Markt, Wettbewerb und Privatisierung im Gesundheitsbereich gefährden die Gesundheitsversorgung. Aufgrund des demografischen Wandels wird es zunehmend alte und somit zunehmend kränkere, zu pflegende und zu betreuende Menschen geben. Gleichzeitig wird das Arbeitskräftepotenzial auch in den Gesundheits- und Pflegeberufen erheblich abnehmen. Die zukünftige Landesregierung ist auch deswegen gefordert, erhebliche Summen in die Ausbildung im Gesundheits- und Sozialwesen, die Gesundheitsversorgung und die Sicherung der Krankenhäuser zu investieren. Die jüngsten Krankenhausschließungen in Rheinland-Pfalz sind Indikator für die äußerst schwierige Situation, die zu weiteren Schließungen führen wird, wenn sich nichts ändert. Die wohnortnahe stationäre Versorgung von Kranken ist wesentlich für die Daseinsvorsorge, die Gesundheit und das Wohlergehen der Bevölkerung. Deshalb müssen die Investitionskosten sowie die Betriebskosten der Krankenhäuser grundlegend besser finanziert werden. Krankenhäuser sind darüber hinaus gerade im ländlichen Raum oft auch größter Arbeitgeber und wichtiger Wirtschaftsfaktor. Deshalb ist die Frage des Erhalts der Krankenhäuser nicht zuletzt auch eine Frage nach der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse.

Landesinvestitionen:

1. Die zukünftige Landesregierung sollte in eine bedarfsgerechte, flächendeckende, wohnortnahe, qualitativ hochwertige sowie patientengerechte Gesundheitsversorgung investieren bzw. eine solche fördern.
2. In den nächsten Jahren muss ein weiterer Ausbau und eine Stärkung von dezentralen ambulanten und teilstationären Pflegeangeboten zur Unterstützung und Entlastung pflegender Angehöriger erfolgen und daher gefördert werden.
3. Es müssen rechtliche und bürokratische Hindernisse zur Umsetzung der gesetzlich vorgesehenen Gesamtversorgungsverträge zur Überwindung der Leistungsrechtlichen Trennung von Angeboten der ambulanten, teilstationären und stationären Versorgung in der Pflege abgebaut werden. Ziel sollte die größtmögliche Selbstbestimmung der hilfe- und pflegebedürftigen Menschen und der Aufbau einer innovativen und koordinierten Versorgungsstruktur in der Pflege sein.
4. Investition in die Förderung von Prävention und Unterstützung von Eigeninitiative in der Daseinsfürsorge für Jung und Alt (wohnen), um „Caring Communities“ als Sorgenden Gemeinschaften – also dem sozialen Miteinander in den Kommunen/Quartieren - mehr Raum zu geben.

Landesinvestitionsstrategie Bildung und Bildungsgerechtigkeit

Wir erwarten von einer zukünftigen Landesregierung, dass sie alles dafür tut, den seit Jahren bestehenden Zusammenhang von Bildungserfolg und sozialer Herkunft aufzulösen. Hierzu sind Investitionen in Bildung notwendig. Denn Bildungsteilhabe ist entscheidend für die gesellschaftliche Teilhabe und die Abwendung von Armutsrissen. Die hohe Nachfrage nach digitaler Grundausstattung in un-

seren in der Krise aufgelegten kirchenfinanzierten Corona-Sonderfonds hat uns eindrücklich vor Augen geführt, wie Kinder und Jugendliche dadurch benachteiligt werden, dass ihre Eltern nicht die Möglichkeit haben, ihnen die notwendige digitale Ausstattung und Unterstützung zu ermöglichen. Internationale Studien haben bereits vor Corona belegt, dass Deutschland hinsichtlich der Vermittlung digitaler Kompetenzen im internationalen Vergleich eher schlecht abschneidet. In den Blick zu nehmen ist zudem eine notwendige bedarfsgerechte Hilfe- und Übergangsstruktur für Care Leaver⁸. Aktuell ist es so, dass viele unzureichend über ihre Rechte auf Unterstützung in der Kinder- und Jugendhilfe informiert sind. Unterstützungsstrukturen werden aber oft auch nicht angeboten und finanziert.

Landesinvestitionen:

5. Investition in Bildung: Alle Bildungsorte, insbesondere Kindertagesstätten und Schulen, sind räumlich, organisatorisch, personell, technisch und digital so auszustatten, dass sie ihre Aufgaben für alle Kinder und Jugendlichen gleichermaßen und zukunftsgerecht erfüllen können.
6. Alle Schülerinnen und Schüler müssen digital ausgestattet werden!
7. Das auf Bundesebene beschlossene Recht auf Ganztagsbetreuung in der Grundschulzeit ab dem Jahr 2025 muss gut geplant und unter Berücksichtigung der Notwendigkeit differenzierter Angebote, wie z.B. Hortbetreuung und Ganztagschule umgesetzt werden.
8. Der Gedanke der inklusiven Bildung muss weiterverfolgt und verstärkt in die Barrierefreiheit von Bildungseinrichtungen und anderen öffentlichen Gebäuden aber auch in die Barrierefreiheit der digitalen Welt investiert werden.
9. Es bedarf erheblicher Investitionen und Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung von Sozial-, Gesundheits- und Pflegeberufen, um den gesellschaftlichen Bedarf zukünftig auch nur ansatzweise decken zu können.

Landesinvestitionsstrategie soziale Sicherung und Infrastruktur

Es gilt im Blick zu behalten, wie Corona die Gesellschaft verändert. Wesentlich für den Erhalt und Ausbau der sozialen Infrastruktur, sind das Land und die Kommunen. Die Bundespolitik hat mit ihrem Konjunkturprogramm aktuell dafür gesorgt, dass finanzschwache Kommunen unterstützt werden, um ihre Aufgaben in der Daseinsvorsorge hinreichend bewältigen zu können. Da wir als Caritas in Rheinland-Pfalz auch von sinkenden Kirchensteuereinnahmen betroffen sind, gefährdet dies die Aufrechterhaltung unserer Beratungsdienste, die wir mit hohen Eigenanteilen finanzieren müssen. So betragen unsere Eigenanteile in der Allgemeinen Suchtberatung z.B. rund 50%, in der Migrationsberatung 50% und in der Allgemeinen Sozialberatung sogar 100%. Diesen hohen Eigenmittelanteil werden wir als Caritas dauerhaft nicht mehr erbringen können. Hier müssen Land und Kommunen Ihrer Verantwortung für die Sicherung der Daseinsvorsorge auch finanziell besser entsprechen. Notwendig ist, dass das Land alles dafür tut, die soziale Infrastruktur im Bereich der sozialen Sicherung und Armutsbekämpfung zu erhalten und in Teilen weiter auszubauen. Hier steht für uns fest: Wir benötigen für die Zukunft keine neuen theoretischen Diskussionen in der Armutsbekämpfung. Wir haben kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem! Notwendig ist keine projektfinanzierte Symbolpolitik, sondern die ausreichende und dauerhafte Finanzierung, Sicherung und bedarfsgerechte Erweiterung der bestehenden sozialen Infrastruktur.

⁸ Jemand der den Betreuungsstatus in der Heimerziehung verlässt

Landesinvestitionen:

10. Die Finanzkraft der Kommunen zur besseren finanziellen Daseinsvorsorge vor Ort muss gestärkt werden.
11. Es muss bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden.
12. Es müssen neue Hilfen zu Verhinderung von Wohnungslosigkeit geplant und umgesetzt werden. Die finanzielle Unterstützung der bestehenden Angebote für Menschen ohne Wohnung ist unzureichend.
13. Es bedarf einer stärkeren strukturellen Unterstützung der Sozialwirtschaft im Bereich der Innovationsförderung.
14. Ebenso bedarf es einer besseren finanziellen Absicherung und Finanzierung der Beratungsarbeit zum Erhalt der sozialen und gesundheitlichen Infrastruktur.
15. Die Begleitung der in der freien Wohlfahrtspflege ehrenamtlich Engagierten muss stärker finanziell gefördert werden.